Landes-SGK EXTRA
Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen

SGK Sachsen-Anhalt e.V. / SGK Thüringen e.V. / SGK Sachsen e.V.

Mit 78,9 Prozent als Bürgermeister wiedergewählt

Fünf Fragen an unseren SGK-Landesvorsitzenden Andreas Dittmann

Autor Philipp Neuendorf, Landesgeschäftsführer SGK Sachsen-Anhalt

Andreas Dittmann Foto: Royal

Lieber Andreas, auch als Landesvorsitzender kommst du an der Einstiegsfrage nicht vorbei. Kannst du dich kurz vorstellen? Wer bist du, was machst du?
Nun, zunächst bin ich Andreas Dittmann, noch 51 Jahre alt, seit 2002 Mitglied der SPD, von 1985 bis 1992 war ich Mitglied der SED bzw. PDS. Ich arbeite seit 1988 bei der Stadt Zerbst/Anhalt, zunächst als Jugendclubleiter, Stadtjugendpfleger und viele Jahre als Amtsleiter für Kultur, Schule und Sport. Im Jahr 2012 stellte ich mich das erste Mal zur Wahl für das Amt des Bürgermeisters, das ich damals gegen drei Mitbewerber im ersten Wahlgang mit rund 55 % errang. Ich bin in Zerbst geboren, dort zur Schule gegangen, habe dort meine erste Berufsausbildung als Maschinenbauzeichner absolviert und bin Zerbster mit Herz und Seele.

Seit 2012 bist du Bürgermeister der Stadt Zerbst/Anhalt. Was waren denn die Höhepunkte oder herausragende Momente in den letzten sieben Jahren? Und was ist bisher noch nicht ganz so gut gelaufen?
Zu den kommunalpolitisch ganz besonderem Momenten zählt die Verfassungsbeschwerde gegen das Land Sachsen-Anhalt vor dem Bundesverfassungsgericht. Ich fand mich in der Situation wieder, quasi das Schlussplädoyer für die Kommunen zu halten. Verfassungsrechtlich haben wir mit diesem Verfahren für alle Gemeinden in der Bundesrepublik ein Stück Rechtsgeschichte mitgeschrieben, in der Sache hatten wir aber leider nicht das gewünschte Ergebnis.

Lokal war meine Idee der Wiederaufführung bzw. Neuinszenierung des Zerbster Prozessionssspiels von 1507 im Jahr 2017 wohl das Bemerkenswerteste. Mit enorm viel Unterstützung aus allen Ortsteilen haben am Ende 430 Mitwirkende ein Stück Stadtgeschichte auf die Bühne gebracht.

Zu dem, was nicht so gut geklappt hat, zähle ich den Breitbandausbau. Wir gehören in Zerbst zwar zu den Städten, die fast als erste mit tragfähigen Konzepten und Anträgen an den Start gingen, aber die Umsetzung zieht sich eben hin. Da bin ich mindestens genauso ungeduldig, wie die Bürgerinnen und Bürger, die auf einen vernünftigen Breitbandanschluss warten.

Was mich in besonderem Maße umtreibt, ist das deutsch-russische Verhältnis. Am Beispiel Katharina II. sehen wir, wie eng Deutschland und Russland seit Jahrhunderten verbunden sind. Dass wir jetzt so tun, als wäre Russland nicht nur kein Teil Europas, sondern sogar ein Feind, macht mich wütend.

Im Mai haben dich die Zerbster Bürgerinnen und Bürger mit 78,9 Prozent in deinem Amt als Bürgermeister bestätigt. Das ist ein herausragendes Ergebnis, herzlichen Glückwunsch dazu! Worauf habt ihr im Wahlkampf vor Ort gesetzt?
So hart das klingen mag, aber es gehört zur Wahrheit dazu: Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger haben mich gewählt, obwohl ich Mitglied der SPD bin. Der Wahlkampf war aus meiner Sicht nicht das Entscheidende. Maßgebend war meine Arbeit als Bürgermeister in den vergangenen sieben Jahren. Das kann durch kein Plakat und durch keine Onlinekampagne ersetzt werden. Ich führe das Bürgermeisteramt mit großer Leidenschaft und viel Freude aus und das konnte ich offenbar auch glaubhaft vermitteln. Bürgernähe, zuhören können, die Sorgen der Menschen ernst nehmen, aber auch ehrlich sagen, wenn etwas nicht geht, das sind für mich Grundvoraussetzungen erfolgreicher Kommunalpolitik.

Inhalt

Sachsen-Anhalt
Stadt und Land dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

Małgorzata Gomolka – die erste Polin im Weißenfelser Stadtrat

Gute Arbeit vor Ort kann uns stärken

Thüringen
Lust auf Zukunft mit starken Kommunen

Landeshaushalt 2020 beschlossen

Sachsen
SPD Sachsen beschließt Regierungsprogramm

SPD-Fraktion Leipzig setzt sich für funktionierenden Milieuschutz ein

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Sachsen-Anhalt e.V.
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg
Redaktion: Philipp Neuendorf,
Telefon/Fax: (0391) 25 85 75 54
www.sgk-lsa.de, info@sgk-lsa.de

SGK Thüringen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt
Redaktion: Ricardo Lerch
Telefon: (0361) 228 44 21
info@sgkthueringen.de

SGK Sachsen e.V.
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Redaktion: Karin Pritzel, Jutta Müller, Stefan Engel
Telefon: (0351) 21 670 91
kontakt@sgksachsen.de
www.sgksachsen.de

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Jetzt bist du für sieben Jahre wiedergewählt. Welche Herausforderungen kommen auf die Stadt Zerbst zu? Was hast du dir für die kommenden Jahre vorgenommen?
Thema Nr. 1 bleibt für uns die Umsetzung der Gemeindegebietsreform aus dem Jahr 2010. Bis aus Zerbst und den ehemaligen 24 selbständigen Gemeinden mit 56 Ortsteilen eine gelebte Einheitsgemeinde wird, wird es noch einiges an Zeit und intensiver Arbeit brauchen. Dazu zählt auch, dass wir für die gesamte Stadt einen Flächennutzungsplan auf den Weg bringen müssen. Das wird uns neben dem Tagesgeschäft schwer beschäftigen.

Zum Schluss etwas zum Schmunzeln. Gibt es eine lustige Anekdote aus deinen Jahren als Bürgermeister, von der du uns erzählen kannst?
Absurditäten gibt es natürlich einige. Aber so richtig dumm gelaufen ist die Vorbereitung auf eine überörtliche Überprüfung unseres Wasser- und Abwasserzweckverbandes, dessen ehrenamtlicher Geschäftsführer ich bin, durch den Landesrechnungshof. Durch eine Vertretungssituation in meinem Vorzimmer wurde einerseits terminlich die Vorberatung darauf angesetzt, aber eine zeitliche Dopplung übersehen, dass zeitgleich die Prüfgruppe des Landesrechnungshofes starten wollte.

Im Eifer der Beratung habe ich den Hinweis meiner Sekretärin überhört, dass jemand vom Rechnungshof warten würde. Am Ende standen die Herren eine halbe Stunde auf dem Flur und wurden immer ungehaltener. Der Chef der Prüfungsgruppe eröffnete die Auftaktberatung dann damit, dass ihm dies in 20 Jahren nicht passiert sei. Ich antworte selbstironisch, dass er mal sehen kann, mit welch ruhigem Gewissen wir der Prüfung entgegen sehen. Zur Entspannung der Situation führte dann die Einsicht, dass wohl niemand ernsthaft so dämlich sein könne, derart mit einer Prüfgruppe des Landesrechnungshofes umzugehen.

Stadt und Land dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

Der Preis politischer Stabilität

Autor Norman Belas, Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Seitdem der Einheitsboom Mitte der 1990er Jahre vergangen ist, ist die ökonomische Entwicklung in Ostdeutschland und der reflexartige Vergleich zwischen Ost und West ein stetiger und prominenter Begleiter im wirtschaftspolitischen Diskurs hierzulande. Die wirtschaftspolitischen Debatten über die regionale Förderung sind notwendig, gerade wenn die Bundesrepublik mit einem Mittelrückgang des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) in einer Größenordnung von real rund 21 Prozent in der kommenden Förderperiode von 2021 bis 2027 zu rechnen hat. Doch die Debatte über die Förderung von Stadt und Land wird zurzeit von allen Akteuren, ob Politik oder Wissenschaft, mit einer Schärfe geführt, die sich nicht immer als hilfreich für den Diskurs herausstellt.

Foto: Pexels

Der Stein des Anstoßes

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hatte eine Studie veröffentlicht, die den Fokus der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall auf den Vergleich zwischen dem städtischen und ländlichen Raum gelegt hat. Das Interessante an den Haupterkenntnissen der Studie, die sich seit Jahren immer wieder in ähnlicher Form lesen lassen, sind nicht die starken Produktivitätsunterschiede per se, sondern dass diese Unterschiede gerade zwischen ost- und westdeutschen Städten auftreten. Im Umkehrschluss heißt das, je ländlicher die Region ist, umso geringer fallen die Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West aus. Die Gründe für diese Produktivitätsunterschiede sehen die Autoren in der Subventionierung nicht konkurrenzfähiger Arbeitsplätze. Sie schlussfolgern, dass die Förderung ländlicher Räume im Osten beendet werden muss und vor allem ostdeutsche Städte gefördert werden müssen, um die bestehenden Produktivitätsunterschiede zwischen Ost und West auf Dauer verschwinden lassen zu können, da gerade Städte die Orte sind, in denen die Dienstleistungen der Zukunft, die Innovationen und die Entwicklungen geschaffen werden.

Politische Stabilität darf einen Preis haben

Selbst wenn die grundlegende Tendenz der Verstädterung, die Bildung von Wissenschafts- und Wirtschaftszentren in urbanen Regionen über jeden Zweifel erhaben sind, greift die Schlussfolgerung, die Förderung ländlicher Regionen zu beenden, zu kurz. Es wird parteiübergreifend nicht mehr in Zweifel gezogen, dass die Förderung nach dem Gießkannenprinzip oder nach der Himmelsrichtung genauso wenig sinnvoll ist wie die Förderung von wenig zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen. Dies ist nicht mal eine Frage der berühmten „gleichwertigen Lebensverhältnisse“, die zu erreichen eine Mär ist, aber die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen. Infrastrukturmaßnahmen und grundlegende Versorgung durch Schulen, Ärzte, Kitas und ÖPNV sollten auch weiterhin Bestandteile der Bemühungen von Politik sein. Sicherlich ist das eine Umverteilung von Mitteln, die in ländlichen Räumen gebunden werden, sicherlich ist die alleinige Investition in wirtschaftlich attraktive Zentren oder in Innovations- und Wissenschaftscluster aus der rein ökonomischen Perspektive sinnvoll und wünschenswert – aber die politische Stabilität in den Flächenbundesländern, gerade in Mitteldeutschland, muss neben ökonomisch sinnvollen politischen Maßnahmen auch ein Hauptziel der Landes- und Kommunalpolitik sein. Und diese hat ihren Preis.

Ursache und Wirkung

Ökonomische Stabilität hängt jedoch zum großen Teil von politischer Stabilität ab. Dass jedoch genau diese in Gefahr zu geraten droht, jüngst bestätigt durch Äußerungen aus dem

Führungszirkel der CDU-Landtagsfraktion, wobei ein wachsender Kreis an Abgeordneten die Zusammenarbeit mit der AfD forciert, sollte in der Debatte um die „Aufgabe ländlicher Regionen" nicht aus den Augen verloren werden. In diesem Zusammenhang müssen sich die Akteure im politischen und wissenschaftlichen Diskurs fragen, was die langfristigen Wirkungen heutiger politischer Maßnahmen und Ursachen sind.

Was wäre der Effekt, wenn die Daseinsfürsorge auf dem Land über Gebühr leidet? Was wäre der Preis für die politischen Verwerfungen, die aus einer solchen Politik resultieren? Wie viel Vertrauensverlust in die Fähigkeit, Probleme vor Ort zu lösen, verträgt die Politik noch?

Unabhängig von der allgemeinen Politikverdrossenheit würde sich die jetzt schon bedenkliche Tendenz in den Wahlergebnissen der letzten Jahre verstetigen und der Preis für die Vernachlässigung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum könnte die Zunahme politischer Instabilität sein.

Stetiger Wandel

Nicht alle zieht es in Metropolregionen. Digitaler Wandel wird über kurz oder lang neben der Entgrenzung der Arbeit auch einen anderen Vorteil mit sich bringen: den der örtlichen Unabhängigkeit vom eigentlichen Arbeitsplatz. Mietpreis- und Grundstückspreisentwicklungen werden Auswirkungen auf die Zuwachsraten der Städte haben. All diese Gründe geben Anlass genug, den ländlichen Raum in den politischen Bemühungen nicht zu vergessen. Denn die Förderung von Arbeitsplätzen, die sich überlebt haben, kann in Zeiten des Fachkräftemangels nicht das Ziel sein, aber die Gewährleistung von grundständiger Daseinsvorsorge muss auch weiterhin zentraler Bestandteil politischer Arbeit sein. Nach den Verwerfungen der vergangenen Jahre muss die politische Stabilität mehr denn je gewahrt, wenn nicht mittlerweile gar verteidigt werden, gerade in Zeiten des permanenten und immer schnelleren sozio-ökonomischen Wandels. Stabilität im parlamentarischen System ist nicht nur ein Wert an sich, sie ist auch für das Gedeihen einer Ökonomie von zentraler Bedeutung.

Małgorzata Gomolka – die erste Polin im Weißenfelser Stadtrat

Vom Stammtisch in die Kommunalvertretung Weißenfelser Stadtrat

Autorin Nicole Rudolph, Wahlkreismitarbeiterin bei Rüdiger Erben, MdL

Wie bekommen wir Kontakt zu den EU-Mitbürgern in Weißenfels? Diese Frage stellten sich der SPD-Ortsverein Weißenfels und ihr Landtagsabgeordneter Rüdiger Erben. Am Ende stand die Idee, zu einem polnischen Stammtisch in der Weißenfelser Neustadt einzuladen. Immerhin wohnen in diesem Stadtteil rund 1.000 polnische Staatsbürger. Übersetzerin und Lokal waren schnell gefunden, und der erste polnische Stammtisch konnte stattfinden.

An einem Sonntagnachmittag bei strahlendem Sonnenschein fanden sich dann 20 polnische Mitbürger ein, die mit Rüdiger Erben und dem OV Weißenfels ins Gespräch kamen. Für die Beteiligten war es ein voller Erfolg, denn die Themenfelder der Deutschen unterscheiden sich nur marginal von denen der Polen in Weißenfels. Neben unserer engagierten Übersetzerin befanden sich auch zwei Polinnen, die fleißig während des Gespräches mit übersetzten. Kurze Zeit später stand eine von ihnen mit einer Freundin in Rüdiger Erbens Bürgerbüro und bat um Unterstützung. Das Auto ihrer Freundin war abgeschleppt worden, weil diese im kurzzeitigen Halteverbot stand, das einmal in der Woche aufgrund der Straßenreinigung verhängt wird. Małgorzata Gomolka berichtete uns dann, dass es in Weißenfels üblich sei, ausländische PKW-Halter nicht nur zu verwarnen, sondern im gleichen Schritt auch noch abschleppen zu lassen. Dass diese Praxis ungerecht und völlig unverhältnismäßig war, musste später auch die Stadt eingestehen und versprach zukünftig ein anderes Vorgehen.

Es sollte nicht bei diesem einen Besuch bleiben. Gosia, wie wir sie dann nennen durften, begleitete immer

Małgorzata Gomolka Foto: Reiner Eckel

wieder Freunde und Bekannte in Erbens Bürgerbüro, um für uns zu übersetzen. Schnell bemerkten wir, dass die zweifache Mutter sich neben ihrer Familie und ihren zwei Jobs sehr stark für die Belange und Anliegen ihrer polnischen Landsleute einsetzte. Irgendwann reifte der Gedanke, Gosia zu fragen, ob sie nicht für den Weißenfelser Stadtrat bei der anstehenden Kommunalwahl kandidieren wolle. Sie überlegte nicht lange und stimmte zu. Obwohl Gosia in der Gastronomie arbeitet, kam sie zu jeder Ortsvereinssitzung und beteiligte sich permanent am Wahlkampf. Verteilte Flyer, hing Plakate auf, übersetzte für ihre Landsleute das SPD-Programm und erklärte bei Info-Veranstaltungen der Stadt die EU-Bürger über ihr Wahlrecht bei der Kommunal- und Europawahl auf. Den Lohn für diesen Einsatz erhielt sie am 26. Mai mit einem Sitz im Weißenfelser Stadtrat. Für die SPD Weißenfels ein echter Glücksfall!

Dieser Beitrag wurde zuerst auf www.vornewech.de **veröffentlicht, der Online-Zeitung der SPD Sachsen-Anhalt**

Gute Arbeit vor Ort kann uns stärken

Autorin Katrin Bartsch, Oberharz am Brocken

Nach dem Wahlergebnis heißt es für uns, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Auch wir haben bei den Wahlen Stimmen an die AfD verloren. Wichtig ist es uns im Oberharz, dass Basis und Bevölkerung vermehrt wieder den Kontakt zueinander und miteinander finden. Ebenso, dass unsere Ziele aus dem Wahlprogramm umgesetzt werden.

Häufig ist es schwierig, da selbst kleine Ortsvereine immer mit Entscheidungen aus Berlin auf eine Stufe gestellt werden, auch wenn wir oftmals anderer Ansicht sind.
Unser OV hat sich unter anderem dazu entschlossen, den Kontakt zu den Anwohnern auch über die jüngsten Bewohner herzustellen. Heute haben wir zum Beispiel 400 Warnwesten an die Stadt übergeben, die hier zentral an sämtliche Kindertagesstätten verteilt werden. Dadurch erreichen wir Erzieher, Eltern und viele mehr.

Wir möchten durch diese Aktionen auf uns aufmerksam machen, zeigen, dass wir bereit sind, etwas für die Region zu tun. Uns freut es, dass hierdurch bereits Anfragen zu eventuellen Eintritten in den Ortsverein erfolgen.

Nah am Bürger sein, das ist uns gerade jetzt enorm wichtig. Wir wollen beweisen, dass man trotz „Krise" für die Menschen da ist und zu seinen Worten steht … in unseren Augen ein wichtiger Bestandteil der Parteiarbeit. Gute Arbeit direkt vor Ort kann allgemein stärken.

Dieser Beitrag wurde zuerst auf www.vornewech.de **veröffentlicht, der Online-Zeitung der SPD Sachsen-Anhalt**

SPD-OV Oberharz bei der Übergabe von Warnwesten Foto: privat

KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER **DEMO-NEWSLETTER!**

EINFACH ABONNIEREN

Auf ***www.demo-online.de/newsletter***
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

Ambitionierte Ziele: Bis 2024 sollen alle öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Foto: Karl-Heinz Laube/pixelio.de

Lust auf Zukunft mit starken Kommunen

Das bringt das SPD-Regierungsprogramm für die Städte und Gemeinden

Autoren Ricardo Lerch, Tim Schänzer

Unter dem Motto „Mutig. Konkret. Sozial. Lust auf Zukunft. Lust auf Thüringen." verabschiedete die SPD Thüringen am 23. März 2019 auf ihrem Parteitag in Erfurt ihr aktuelles Regierungsprogramm. Pünktlich zur anstehenden Landtagswahl am 27. Oktober 2019 möchte die SPD mit mutigen, konkreten und sozialen Aspekten bei den Wählerinnen und Wählern punkten.

Bereits in der aktuellen Wahlperiode konnte die SPD viele Anliegen, Bestrebungen und Forderungen im Sinne der Kommunen umsetzen. Die finanzielle Ausstattung der Thüringer Städte und Gemeinden sowie der Landkreise wurde nämlich sukzessiv verbessert und auf einem hohen Niveau verstetigt. Zusätzlich zu den Steigerungen der allgemeinen Zuweisungen über den kommunalen Finanzausgleich wurden auf Initiative der SPD insgesamt 436 Millionen Euro in Form von kommunalen Hilfs- und Investitionspaketen zur Verfügung gestellt. Das alles ist gut angelegtes Geld, das dazu beiträgt, die Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden zu erhöhen. Geld, das den Thüringerinnen und Thüringern direkt vor Ort zugute kommt in Kultureinrichtungen, für die Kindertagesbetreuung, den Sport, die Feuerwehr, der Jugendhilfe und in Schulgebäuden. Es ist Geld, das Thüringen lebenswert gestaltet.

Mit dem kommenden Landeshaushalt 2020 wurde die finanzielle Situation der Thüringer Kommunen weiter verbessern und für Planungssicherheit gesorgt. Insgesamt werden die Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichsgesetzes um weitere 130 Millionen Euro aufgestockt. Damit erreicht die Finanzausgleichsmasse ein neues Gesamtvolumen von rund 2,1 Milliarden Euro. Ein weiterer Meilenstein, dank solider Finanzpolitik.

Denselben Weg möchte die SPD auch in Zukunft weiter fortsetzen. Denn gerade Thüringen ist zum Großteil vor allem ländlicher Raum. Die Dörfer und Kleinstädte Thüringens unterliegen einem stetigen Wandel, der einen großen Anpassungsdruck erzeugt. Dieser Wandel ist Chance und Gefahr zugleich. Ob er eine Gefahr darstellt, kann nicht allgemein, sondern nur konkret vor Ort beantwortet werden. Klar ist aber: Es gibt Dörfer und Kleinstädte, die lebensfähig sind und bleiben werden, den Wandel gut managen und sich bietende Chancen gut nutzen. Gleichzeitig ist aber auch ersichtlich, dass die demografische Entwicklung, geprägt von Abwanderung und stetigem Bevölkerungsrückgang, viele ländlichen Regionen vor große Probleme stellt.

Hier setzt die SPD Thüringen an und versucht unter Einbeziehung der Kommunen gute und für alle zufriedenstellende Lösungsansätze zu finden. Dies wird besonders deutlich, wenn die angestrebten Ziele für die kommende Wahlperiode betrachtet werden:

Gute Bildung:
Ganztagsschulen bieten mehr Zeit für gute Bildung und bessere Chancen für eine enge Verzahnung von Schulen mit dem kommunalen und regionalen Lebensumfeld. Mit dem Thüringer Modell der Einheit von Grundschule und Hort wird allen Grundschülerinnen und Grundschülern ein offenes und freiwilliges

Anzeige

Ganztagsangebot eröffnet. Gemeinsam mit dem Bund werden die Kommunen auch weiterhin bei der Sanierung und beim Ausbau von Schulen und Sporteinrichtungen und den rahmenden Freiräumen unterstützt.

Bezahlbares Wohnen:
Es soll ein Bündnis bestehend aus Kommunen, der organisierten Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund entstehen. Gemeinsam sollen die besten Lösungen für die Mieterschaft, für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und die Eigentümer privat genutzten Wohnraumes in Thüringen gefunden werden. Auch der soziale Wohnungsbau soll attraktiver werden.

Bedarfsgerechte Pflege:
Es sollen Kommunen und Landkreise in die Lage versetzt werden, in eigener Regie Sorge für eine bedarfsgerechte Versorgung zu tragen.

Das gemeinsame Miteinander:
Integration gelingt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Diese sollen dabei unterstützt werden, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln und darüber hinaus das gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten zu stärken. Bei den Kosten für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen werden die Kommunen auch zukünftig auskömmlich finanziert.

So soll auch das „Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) weiter gestärkt werden. Dieses Programm versetzt die Thüringer Kommunen in die Lage, eigenständige Sozialplanungen zu erarbeiten.

Kulturelle Teilhabe:
Kultur soll als freiwillige Aufgabe der Kommunen gestärkt werden: Kommunen sollen künftig auch in Haushaltsnotlage einen höheren Anteil ihrer Mittel als bisher für sogenannte freiwillige Aufgaben einsetzen dürfen. Gerade die gesellschaftliche und soziale Teilhabe darf nicht vom Alter abhängen. Zusammen mit den Kommunen soll daher ein barrierefreier und bezahlbarer Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden.

Kommunalen Umweltschutz fördern:
Ein Bienenaktionsplan wird ins Leben gerufen, welcher Beratungsleistungen für Kommunen vorhält (Mähzyklus, Wildblumensaat, Patenprogramme), sowie Förderungen für Blühstreifen und maßnahmenbezogene Unterstützung für Imkerinnen und Imker vorhält.

Die Kommunen werden ebenfalls bei der Schaffung von Biotopen finanziell und personell unterstützen.

Digitales und Infrastruktur 4.0:
Die Glasfaserstrategie wird zügig umsetzt. Bis 2022 werden die Gewerbegebiete, bis 2023 die Bildungs-, Forschungs- und medizinische Versorgungseinrichtungen sowie bis 2024 die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen an das Glasfasernetz angeschlossen. Die dafür notwendigen Landesmittel in dreistelliger Millionenhöhe werden sichergestellt.

Unsere Finanzen:
Die Finanzkraft der Kommunen soll gestärkt werden. Die Fläche einer Gemeinde im ländlichen Raum soll stärker beim kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt und so Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume für die Menschen vor Ort geschaffen werden.

Mit den Kommunen wurde 2019 ein Dialogprozess zur kommunalen Wirtschaftsförderung aufgesetzt, der die Aufgabenteilung zwischen dem Land und den Kommunen offenlegen und neu aufsetzen soll. Die Kommunen sollen finanziell unterstützt werden, auch dieser Aufgabe nachkommen zu können. Die Außenwirtschaftsförderung soll noch stärker auf erfolgreiche Branchen und Absatzmärkte ausgerichtet werden.

Landeshaushalt 2020 beschlossen

SPD schafft Planungssicherheit für die Thüringer Kommunen

Autor SPD-Landtagsfraktion (Pressemitteilung)

Matthias Hey Foto: SPD-Landtagsfraktion

Mit den Stimmen der rot-rot-grünen Regierungsfraktionen hat der Landtag den Haushalt für das Jahr 2020 beschlossen. „Ein Haushalt sind nicht nur Zahlen. Er ist der Nerv unseres Landes. Der Landeshaushalt hält viele kleine Rädchen am Laufen. Die kommunale Familie braucht Planungssicherheit. Zahlreiche Verbände und Vereine, besonders im sozialen Bereich oder im Sport, sind darauf angewiesen zu wissen, was an Zuschüssen fließen kann und wird. Mit den Schwerpunkten des Haushaltes 2020 stellt der Freistaat Thüringen wichtige Weichen, um bestehende Probleme zu lösen und neue Ideen umzusetzen – und das solide finanziert“, so Dr. Werner Pidde, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Schwerpunkte im Haushalt 2020

Zu den Schwerpunkten des Haushaltes gehören Bildung – vom Kindergarten bis zu Hochschule, von der Förderschule bis zu außerschulischen Aufgaben –, Sicherheit und Ordnung, insbesondere Polizei, Feuerwehr und Justiz, Kommunen sowie Klima-, Umwelt- und Naturschutz, um an dieser Stelle weiterhin eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen ordnet der Finanzpolitiker in zwei Kategorien ein: „Die einen wiesen keine solide Deckung auf – sind also gar nicht finanziert –, die anderen sind lediglich zum Schein gedeckt, weil gesetzliche Leistungen reduziert werden. Diesen Anträgen konnte man keinesfalls zustimmen. Sie sind sinnlos bedrucktes Papier“, so Pidde weiter.

Viele Fürsprecher für eine stabile Finanzierung des Freistaates

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Matthias Hey geht außerdem auf die Kritik der Oppositionsfraktionen ein: „Der Kritik am Haushalt 2020 stehen viele unabhängigere Fürsprecher entgegen: Der Präsident des Landesrechnungshof, einer der Verfassungsväter, der DGB und viele Stimmen aus Kommunen und Landkreisen. Allen Kritikern sollte klar sein: Ohne den Haushalt 2020 würde es weniger Polizisten, Lehrer, Geld für Kommunen und Familien geben. Wir als SPD sorgen für Sicherheit und solide Finanzen.“

SPD-Chef Martin Dulig stimmte die Delegierten auf den anstehenden Landtagswahlkampf ein. Foto: SPD Sachsen/ Julian Hoffmann

SPD Sachsen beschließt Regierungsprogramm

Stärkung der Kommunen wichtiger Schwerpunkt – Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen

Autor SGK Sachsen

Die sächsische SPD hat auf ihrem Landesparteitag am 22. Juni in Neukieritzsch im Landkreis Leipzig ihr Regierungsprogramm für die Landtagswahl im September beschlossen. Die etwa 140 Delegierten debattierten über sieben Stunden über die aktuelle politische Lage der SPD und den vorliegenden Programmentwurf. Dieser entstand auf der Grundlage verschiedener Themenpapiere, die zusammen mit der sächsischen SPD-Basis entwickelt worden waren.

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Auch die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) hat sich vorab in die inhaltliche Debatte eingebracht. So konnten die SPD-Kommunalpolitiker durchsetzen, dass sich die sächsische SPD nun für eine generelle Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in allen Kommunen einsetzt. Der SGK-Landesvorsitzende und Dresdner Finanzbeigeordnete Peter Lames möchte damit Ungerechtigkeiten beseitigen: „Die bisherige Regelung führt zu einer Spaltung in arme und reiche Kommunen. Die Bürgerinnen und Bürger können nicht nachvollziehen, warum die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen von der Postadresse abhängt."

In der Vergangenheit hatten schon viele Städte und Gemeinden, darunter auch die Großstädte Dresden und Leipzig, die Ausbaugebühren abgeschafft. Begründet wurde dies mit unnötigen Härten und dem vergleichsweise hohen bürokratischen Aufwand. Für die SGK ist aber zentral, dass der Freistaat bei einer generellen Abschaffung einen finanziellen Ausgleich mindestens in gleicher Höhe bereitstellt. Peter Lames sieht dabei verschiedene Optionen: „Denkbar wäre z.B. eine Erhöhung der Fördersätze für den kommunalen Straßenbau."

Faire Regelung bei der Grundsteuer

Der Dachverband der sächsischen SPD-Kommunalpolitiker konnte ebenso eine klare Positionierung zum Thema Grundsteuer durchsetzen. Die sächsische SPD bekennt sich nun klar zum Modell einer wertabhängigen Bemessung. Auf Druck insbesondere von Bayern wird es aber eine Öffnungsklausel geben, die auch eine flächenbezogene Berechnung zulassen wird. Aus Sicht von Peter Lames müssen Eigentümer wertvollerer Grundstücke auch zukünftig mehr zum gesellschaftlichen Steueraufkommen beitragen. Zugleich sollten die sächsischen Städte und Gemeinden bei der Neugestaltung der Hebesätze unterstützt werden, sodass es zu keiner generellen Mehrbelastung der Steuerzahler kommt.

Schwerpunkt auf Jugend und Bildung

Aber auch in anderen Bereichen ist die kommunale Handschrift des Regierungsprogramms unverkennbar: So setzt sich die sächsische SPD für eine generell kostenfreie Kinderbetreuung ein. In einem ersten Schritt sollen die Hortgebühren abgeschafft und die kommunalen Einnahmeausfälle durch das Land ausgeglichen werden. Auch im Bereich der Jugendhilfe kündigt die Landes-SPD weitere Verbesserungen an: Die Jugendpauschale soll von 12,40 Euro auf 15 Euro pro Kopf steigen, um weitere Angebote vor Ort in den Kommunen schaffen zu können. In den letzten Jahren durchgesetzte Erfolge wie das Landesprogramm für Schulhausbau sollen auf hohem Niveau fortgeschrieben werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Sachsen

Eine große Herausforderung für die Zukunft Sachsens ist die unterschiedliche Entwicklung städtischer und ländlicher Räume. Während Dresden und Leipzig massiv wachsen und viele Mittelzentren zumindest wieder eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen haben, dominieren in einigen ländlichen Räumen nach wie vor Alterung und Wegzug. Die sächsische SPD möchte hier vor allem öffentliche Infrastruktur erhalten, die Landesentwicklung flexibilisieren und die Anbindung an die Oberzentren insbesondere durch ÖPNV verbessern. In urbanen Räumen sollen u.a. mehr bezahlbarer Wohnungsbau, die Möglichkeit eines temporären Mietendeckels und der Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur für ein soziales und nachhaltiges Wachstum sorgen. Ziel bleiben gute und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Sachsen.

Mehr finanzielle Spielräume

Nicht zuletzt bekennt sich die sächsische SPD aber auch klar zur kommunalen Selbstverwaltung. Die sächsischen Kommunen sollen zukünftig in weit höherem Maße als bisher pauschale Mittel erhalten, über deren Verwendung sie frei entscheiden können. Förderprogramme des Landes können vor Ort wichtige Impulse setzen, sie ersetzen allerdings nicht die demokratische Schwerpunktsetzung vor Ort. Daher ist es auch folgerichtig, dass der pauschale Anteil bei der Straßenbauförderung weiter erhöht und Förderverfahren vereinfacht werden sollen. Generell soll die bisherige Praxis umfangreicher Vorabprüfungen und detaillierter Kontrollen von Verwendungsnachweisen zugunsten von Zielvereinbarungen und Stichprobenprüfungen verändert werden.

Digitalisierung der Verwaltung

Mehr Flexibilität und Offenheit fordert die sächsische SPD ebenso bei der Digitalisierung der Verwaltung in Land, Kreisen und Kommunen. SPD-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Martin Dulig formulierte seine Erwartungen klar: „In unserem neuen Sachsen digitalisiert der Staat seine Dienstleistungen so, dass sie schnell bearbeitet und geleistet werden." Als Beispiel nannte er die digitale An- und Abmeldung eines Autos beim Landratsamt und die postalische Verschickung der Nummernschilder. Auf alle Lebensbereiche ausgedehnt, könnten die Sächsinnen und Sachsen so eine Stunde pro Tag mehr Freizeit haben.

SPD-Fraktion Leipzig setzt sich für funktionierenden Milieuschutz ein

Luxussanierungen verhindern – nur ein Baustein für bezahlbares Wohnen

Autor SGK Sachsen

Leipzig verfügt über eine Vielzahl von Altbauvierteln – steigende Mieten und Luxussanierungen führen aber immer öfter zur Verdrängung von alteingesessenen Bewohnern.

Foto: pixabay.com

Der Leipziger Stadtrat hat sich am 26. Juni auch mit Stimmen der SPD-Stadtratsfraktion erneut für die Einführung eines Milieuschutzes in verschiedenen Leipziger Stadtteilen ausgesprochen. Noch in diesem Jahr sollen Erhaltungssatzungen beschlossen werden. Die Ratsversammlung will damit Luxussanierungen erschweren, Mietpreisanstiege indirekt bremsen und so dafür sorgen, dass einkommensschwächere Bewohner in ihren angestammten Quartieren bleiben können.

Betroffen sind von den Planungen bisher vor allem Stadtteile im Osten und Westen der Stadt, wie z.B. Plagwitz oder Reudnitz-Thonberg. Diese dichtbesiedelten Quartiere entstanden zumeist in der Gründerzeit und haben in den letzten Jahren einen erheblichen Zuzug zu verzeichnen. Für weitere Stadtteile wie z.B. Connewitz laufen die Untersuchungen noch. Zukünftig bräuchten Vermieter in den festgesetzten Gebieten besondere Genehmigungen, wenn sie ein Mietshaus sanieren oder modernisieren wollen.

Längerer Prüfprozess

Bereits im Herbst vergangenen Jahres wurde die Leipziger Stadtverwaltung beauftragt, für beschlossene Milieuschutzgebiete die Aufstellung von sozialen Erhaltungssatzungen vorzubereiten. Weil das Baudezernat die gesetzte Frist verstreichen ließ, hat die Linksfraktion kurz vor den Kommunalwahlen eine Reihe von Anträgen in den Rat eingebracht, mit denen erneut die Aufstellung von Erhaltungssatzungen beschlossen werden sollte. Aus Sicht von SPD-Fraktionschef Christopher Zenker blieb dabei allerdings die Fachlichkeit auf der Strecke: „Die Vorschläge der Linken trugen zur Verunsicherung bei, auch weil es zumindest für die Leipziger Stadtverwaltung ein neues Thema ist. Wir hatten vielmehr den Eindruck, dass damit Kommunalwahlkampf gemacht werden sollte, statt eine sachorientierte Lösung anzubieten."

So sollen durch die Aufstellung der Erhaltungssatzungen nicht sämtliche Baugesuche bis zum Satzungsbeschluss auf Eis gelegt werden. Die SPD-Stadtratsfraktion hat daher klare Kriterien formuliert, was die Stadtverwaltung nach Eingang von Bauanträgen im Einzelfall abprüfen soll, bevor Maßnahmen möglicherweise zurückgestellt werden.

Klare Kriterien für Zurückstellungen

Planungen zum Einbau eines zweiten Bads, der Anbau von Balkonen, das Schaffen von Stellplatzanlagen oder die Umnutzung von Wohnungen in Gewerberäume können Gründe sein, die zu einer Zurückstellung führen, bis die Satzung tatsächlich wirkt. Auch Fußbodenheizungen oder Kamine fallen in diesen Katalog. Die SPD-Fraktion hat sich bei Ihren Vorschlägen an bereits beschlossenen Kriterien aus anderen Städten orientiert. Aus Sicht von Christopher Zenker dient diese Regelung vor allem dem Erhalt des vorhandenen Wohnungsbestandes: „Wir wollen verhindern, dass Maßnahmen, die keine Luxussanierungen sind, pauschal zurückgestellt werden, bis Erhaltungssatzungen in Kraft getreten sind. Das würde niemandem helfen."

Neuer Wohnraum muss geschaffen werden

Für die Leipziger Sozialdemokraten sind Erhaltungssatzungen allerdings nur ein Baustein, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Ohne Neubau und insbesondere sozialen Wohnungsbau wird der Mietenanstieg kaum zu bremsen sein. Christopher Zenker verweist an dieser Stelle darauf, dass Erhaltungssatzungen keinen neuen Wohnraum schaffen, sondern lediglich eine Verteuerung bestehender Wohnungen erschweren. Weitere Maßnahmen wie ein Zweckentfremdungsverbot, eine funktionierende Mietpreisbremse, Kappungsgrenzen und die Stärkung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft müssen aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion folgen.